Humanitarian Intervention: A History. Ed. by Brendan Simms and D.J.B. Trim, Cambridge: Cambridge University Press 2011, XV, 408 S., £ 69.99 [ISBN 978-0-521-19027-5]

Just and Unjust Military Intervention. European Thinkers from Vitoria to Mill. Ed. by Stefano Recchia and Jennifer M. Welsh, Cambridge: Cambridge University Press 2013, XII, 317 S., £ 60.00 [ISBN 978-1-107-04202-5]

Besprochen von **Martin Rink**: Potsdam, E-Mail: PhilipMartinRink@bundeswehr.org

DOI 10.1515/mgzs-2016-0083

Brendan Simms und *David Trim* ist zuzustimmen: Das Dilemma, wie die Menschenrechte notfalls auch mit Hilfe bewaffneter Gewalt zu schützen sind, halten sie für eines der drängendsten gegenwärtigen Probleme der Staatengemeinschaft. Die von Simms und Trim herausgegebene Zusammenschau historischer Fallstudien korrespondiert wohl nicht zufällig mit dem ebenfalls in Cambridge entstandenen Band von *Stefano Recchia* und *Jennifer Welsh* zur politischen Theorie der humanitären Intervention. Beide Bände betrachten die Paradoxie, die sich mit den westlichen Interventionen und der sie begründenden Konzeption der »Responsibility to Protect« verbindet: Gewalt auszuüben, um sie einzuhegen; immer mit dem Risiko, das zu beseitigende Übel dadurch noch zu steigern. Seit den 1990er Jahren hegte der westlich-liberale Internationalismus

die Hoffnung, das sogenannte Westphälische System souveräner Nationalstaaten zu überwinden: einerseits durch neue, nichtstaatliche Akteure (wobei aber neben Nichtregierungsorganisationen auch der internationale Terrorismus auf den Plan rückte), andererseits mit transnationalen Durchgriffsrechten zur Durchsetzung globaler Regeln.

Wie beide Bände herausstellen, sind solche Durchgriffsrechte keineswegs neu, sondern tief im westlichen politischen Denken verankert (*Humanitarian Intervention*, S. 4–15). In beiden Werken entlarvt Trim das in der politischen Theorie oft herangezogene »Westphälische System« als Chimäre: Auch hier galt die Souveränität der Staaten nicht absolut, und es erfolgten Interventionen auf rechtlicher Grundlage (S. 39). Und schließlich garantierte der Westfälische Friede selbst auswärtigen Mächten ein Interventionsrecht zugunsten ihrer favorisierten Konfession, wie auch Simms darlegt. Die Intervenierenden beabsichtigten in dieser Zeit jedoch lediglich einen »policy change« gegenüber solchen Fürsten, die ihre Herrschaftsmacht missbrauchten. Obwohl sich schon im konfessionellen Zeitalter in England ein protestantisches, der Whig-Partei nahestehendes Fortschrittsideal mit einer Weltbeglückungsmoral verquickte, erlangten humanitäre Interventionen erst im 19. Jahrhundert eine expansive Stoßrichtung. Wenn im Gefolge der Aufklärung universale Werte staats- und nationsübergreifend gedacht wurden, dann mussten Übel wie der Sklavenhandel oder Massaker an religiösen Minderheiten beseitigt werden, auch mit Gewalt und am Ort des Geschehens. Wegen der Häufigkeit dieser Interventionen etablierte sich der Begriff der »human rights« ab der Mitte des 19. Jahrhunderts als rechtliches Konzept; zu Ende des Jahrhunderts folgte der Begriff der humanitären Intervention (S. 21f.). Wie die Beiträge von *John Bew*, *Abigail Green*, *Davide Rodogno*, *Matthias Schulz*, *Maeve Ryan*, *William Mulligan* und *Gideon Mailer* in *Just and Unjust Military Intervention* zeigen, richteten sich diese Militäreinsätze, namentlich Frankreichs, Russlands und Großbritanniens, vor allem gegen das Osmanische Reich. Sie schützten Menschen, aber auch den Freihandel und seine westlichen Profiteure. Zugleich unterminierten sie die Souveränität des Osmanischen Reichs – erst in Griechenland, dann im Libanon, in Nordafrika und schließlich auf dem Balkan. Die Beiträge in Teil IV spannen einen losen Bogen um das 20. Jahrhundert: vom US-amerikanischen Ausgriff auf die vormals spanischen Kolonien ab 1898 über das Jackson-Vanick-Amendment zur Einforderung von Menschenrechten in der Sowjetunion in den 1970er Jahren und den Krieg des kommunistischen Vietnam gegen das massenmörderische Pol-Pot-Regime in Kambodscha von 1978 bis 1989. Die beiden Schlussbeiträge von *Matthew Jamison* und (erneut) Trim verdeutlichen die Paradoxa zwischen der Ausübung militärischer Gewalt und unterlassener Hilfeleistung seit den 1990er Jahren.

Der theoriegeschichtliche Band *Just and Unjust Military Intervention* nimmt seinen Ausgangspunkt von den Konzepten des Gerechten Krieges (*bellum iustum*), die letztlich über die Staatsdenker der Frühen Neuzeit, um die es hier geht, Eingang in die Bestimmungen des Humanitären Völkerrechts im 20. Jahrhundert fanden. Neben der Kriegführung zwischen Staaten ging es im erweiterten Sinne auch um die Rechtmäßigkeit von Rebellion gegen Tyrannen oder Fremdherrschaft. Wie Recchia und Welsh hervorheben, waren die ethischen Urteile der Klassiker auch historisch zeitgebundene Urteile (S. 4). Hieraus resultiert ein Problem für jede systematische Analyse der (west-)europäischen Staats- und Rechtsphilosophie. Denn die Idee einer kontextfreien werkgetreuen Systematik ist damit letztlich unvereinbar.

Ariel Colonomos untersucht die zeitliche Antizipation der Interventionserfordernisses. Anders als die präemptive Abwehr zeitlich unmittelbarer Gefahren würde ein generalisiertes Recht auf Präventivkrieg einen Zustand permanenter Unsicherheit erzeugen, der jede Einhebungsabsicht zuwiderliefe. Andererseits wäre die Duldung fortwährender und ungestrafter Regelverletzung nicht nur moralisch verwerflich, sondern auch politisch und militärisch selbstbesiegend (S. 64f.). Damit schlägt Colonomos die Brücke von Francisco Suárez über Alberico Gentili, Hugo Grotius und Emerich de Vattel zur Schutzverantwortung, wie sie die Vereinten Nationen im Jahr 2001 entwickelt haben.

Dieses Problem erörtert *William Bain* anhand der Schriften Francisco Vitorias, *Richard Tuck* anhand der protestantischen Denker Grotius, Thomas Hobbes und Samuel von Pufendorf. Anders als in der katholischen Denktradition, beinhaltete das Widerstandsrecht für letztere keine Berechtigung zur internen Rebellion, sondern lediglich zum Kampf gegen auswärtige Tyrannei, als welche die spanische Herrschaft in den Niederlanden im Achtzigjährigen Krieg von 1568 bis 1648 gesehen werden konnte. *Samuel Moyn* diskutiert im Anschluss an John Locke die moralischen Aporien, die daraus entstehen, wenn sich beide Seiten subjektiv im Recht sehen. Dies weist erneut auf die Doppelbödigkeit aller Interventionskonzeptionen hin. *Jennifer Pitts* zeigt, dass Vattels Konzept der Staatssouveränität lediglich als Idealtypus und weniger als adäquate Beschreibung für die Praxis seiner Zeit zu verstehen ist, denn ein Interventionsrecht blieb auch im 18. Jahrhundert institutionalisiert. *Edwin van de Haar* diskutiert mit David Hume und Adam Smith die Gedanken von interventionsskeptischen Denkern, die den angerichteten Schaden oft für höher hielten als den gestifteten Nutzen. Die Ironien der aufgeklärten »philosophes« zeigt *Pierre Hassner*. Aus der Spannung von Jean-Jacques Rousseaus Freiheitsideal und seinem Mitgefühl für Fremde einerseits und der Verherrlichung des Selbstbestimmungsrechts und der Skepsis gegenüber selbsternannten Befreiern andererseits wandte sich dieser, wie auch Immanuel Kant, gegen militärische Interventionen und gegen gewalt-

samen Aufruhr, um eine fremde Besatzung abzuschütteln. Gleichzeitig räumten beide aber das Recht zum Widerstand gegen einen ungerechten Feind als legitim ein. Georg Wilhelm Hegel sah dagegen in militärischen Interventionen ein Werkzeug des Fortschritts im Sinne des Weltgeistes. Dies konnte dann auch die Verbreitung von (westlicher) »Zivilisation« gegenüber »barbarischen« Völkern rechtfertigen.

Die lesenswerte Analyse von *Andrew Hurrell* betont die unterschiedlichen Interpretationstraditionen zu Immanuel Kant. Während dieser in der deutschsprachigen Forschung vor allem als »transnationaler Kosmopolit« wahrgenommen wurde, lieferte er in der anglo-amerikanischen Deutungstradition Stichworte für »liberale Interventionisten«. Die Aporie des Themas zeigt sich hier noch einmal deutlich. Schließlich kann aus der Idee des Kosmopolitismus auch eine »Weltinnenpolitik« und damit eine Schutzverantwortung abgeleitet werden; dies aber ist schlechterdings unvereinbar mit dem von Kant an anderer Stelle hervorgehobenen Konzept der Nichtintervention (so auch Trim, S. 47). Problematisch bleibt das Recht zur Ausübung von Zwangsbefugnissen, die ja auch innerhalb des von Kant propagierten Völkerbunds ausgeübt werden müssten (S. 203–208).

Der Beitrag von *Jennifer Welsh* zu Edmund Burke verdeutlicht die Konzeption der Staatssouveränität als Normal- und die Intervention als Ausnahmezustand. Doch erhebt sich hier die Frage Carl Schmitts, wer denn über den Ausnahmezustand bestimmt. Nach Beendigung der Konflikte im Gefolge der Französischen Revolution, die Burke als einen europäischen Bürgerkrieg begriff, formte der Wiener Kongress eine neue Friedensordnung. Grundlage hierfür war das Interventionsrecht der Mächte. Außerhalb dieser Ordnung blieb etwa Indien, wo Burke selbst das britische Eingreifen kritisierte. Seine universal-liberale Interventionsrhetorik gründete somit auf kultureller Ähnlichkeit innerhalb der europäischen Friedenszone (S. 236). Nach *Stefano Recchia* wollte Giuseppe Mazzini seinen Kampf gegen die restaurative »Heilige Allianz« nicht als militärische Intervention von außen geführt wissen. Vielmehr befürwortete er den Guerillakrieg italienischer Patrioten (S. 246f.). Selbstbestimmungsrecht, Souveränität und Nichtintervention waren nach Mazzini wichtige Prinzipien der internationalen Ordnung – in Europa. Denn gleichzeitig befürwortete er eine koloniale Expansion als zivilisatorische Mission (S. 255).

Anhand der Schriften John Stuart Mills erörtert *Michael Doyle* die klassische Rechtfertigungsdoktrin für Interventionen. Während in »zivilisierten« Ländern Rechtsmechanismen zur Konfliktheilung existierten, sei dies außerhalb nicht möglich: Keine zivilisierte Regierung könne eine stabile Beziehung mit diesen »unzivilisierten« Gesellschaften aufrechterhalten, da politisch-rechtliche Beziehungen nur auf der Möglichkeit von Reziprozität möglich seien. »But barbarians will not reciprocate« (S. 283).

Auf dieser gedanklichen Grundlage reproduzierte das Interventionsdenken des 19. Jahrhunderts einerseits die Rechtsgrundlagen innerhalb der euro-atlantischen »Zivilisation«, andererseits bereitete es dem neuzeitlichen Imperialismus den Weg. Diese Konzeptionen waren geeignet, um in verschiedenem Kontext neu aufgegriffen zu werden: als liberaler Wilsonianismus im Zeitalter der Weltkriege, im Kalten Krieg zur Verteidigung und Verbreitung westlicher Werte und schließlich im Kampf gegen den Terrorismus. Der Verweis auf diese Kontinuitäten unterstreicht den Wert beider sehr lesenswerten Bücher. Die Grundlagen der neuzeitlichen Rechts- und Staatsphilosophie offenbaren Dilemmata der militärischen Intervention, die weder von den Autorinnen und Autoren, noch von den dargebotenen Klassikern wirklich befriedigend gelöst werden können. Der Verweis auf diese Aporien zeigt den vergifteten Widerhaken der universell gedachten Humanität; genauso wie die Notwendigkeit, diese Werteordnung im Notfall mit der Waffe zu schützen. Rezepte zur humanitär-militärischen Sicherung des Weltfriedens sind damit kaum abzuleiten, wohl aber wertvolle Anregungen zum eigenen Weiterdenken.